

## Was kommt danach?

**F**ür Politiker scheint die Sprache der Ärzte eine Fremdsprache zu sein. Jedenfalls haben die Abgeordneten der Koalition überhaupt nicht verstanden, worum es uns Ärzten bei der Ablehnung der Bonus-Malus-Regelung im AVWG wirklich geht. Die Verabschiedung dieses Gesetzes gegen den Widerstand der Ärzte hat die laufende Protestbewegung noch angeheizt. Am 1. März ging mehr als die Hälfte der westfälisch-lippischen Ärztinnen und Ärzte in Bielefeld, Dortmund, Arnsberg und Gelsenkirchen auf die Straße.

Die Medien und die Bürger haben die Sprache der Ärzte verstanden und auch der Gesundheitsausschuss des Bundesrates hat eine differenziertere Sichtweise als die Koalition. Ich halte das für einen Erfolg dieser Protestbewegung. Wir Ärzte sehen die Bonus-Malus-Regelung als einen Frontalangriff auf unseren Beruf. Sie gefährdet die vertrauensvolle Arzt-Patienten-Beziehung, die wir in unseren Praxen brauchen. Diese Regelung ist mit unserer Verfassung und mit unserem Berufsrecht nicht vereinbar. Wir werden das prüfen lassen.

Als ehemals freier Beruf sind wir durch diese Regelung noch unfreier geworden. Frau Schmidt, die ja selbst eine Ideologie verfolgt, sagte schon vor einigen Jahren: „Schluss mit der Ideologie der Freiberuflichkeit“. Das ist eine klare Aussage. Damit hat sie uns den Kampf angesagt. Und wir haben den Kampf jetzt endlich aufgenommen und sagen: Schluss mit der Ideologie von sozialistischer Planwirtschaft. Schluss mit der Ideologie einer Bürgerversicherung, Schluss mit Kostendämpfungsgesetzen. Unsere Praxen dürfen nicht zu ministeriellen Amtsstuben werden. Wir wollen Mitgestaltung und Eigenverantwortung, statt staatlicher Gängelung. Dort liegen unsere Stärken!

Ohne den Einfluss freiberuflich tätiger Ärzte und anderer freier Gesundheitsberufe ist das Gesundheitssystem quasi sozialisiert und verstaatlicht. Nur als freie Ärzte können wir uns für die Interessen unserer Patienten wirkungsvoll einsetzen. Je unfreier wir werden, desto mehr wird Zuteilung und Rationierung je nach Kassenlage um sich greifen. Geplante Zentralisierungen der Versorgung werden zu einer Medizin des langen Wartens und der langen Wege führen. Im Interesse unserer Bürger fordern wir deshalb den Erhalt einer flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung durch freie Haus- und Facharztpraxen.

*Der eine fragt, was kommt danach?*

*Der andere fragt nur: Ist es recht?*

*Und also unterscheidet sich*

*Der Freie von dem Knecht!*

*(Theodor Storm)*

Die Protestbewegung wird solange Druck machen, bis die Politik einlenkt.



Dr. Ulrich Thamer,

1. Vorsitzender der

Kassenärztlichen Vereinigung

Westfalen-Lippe

#### Ärzteprotest

Druck von der Basis und rote Karten für Ulla Schmidt 5

#### KVWL-Jahresthema

„Budgetierte Ethik? 8

Ärztliches Handeln aus wirtschaftsethischer Sicht 9

Zwischen Ethik und Ökonomie: die Krise der Medizin in der Weimarer Republik 12

Die Gesundheitswirtschaft – eine Branche im Stress, aber dennoch mit guten Aussichten 14

Solidarität braucht Eigenverantwortung – zum Umgang mit knappen Ressourcen im Gesundheitswesen 17

#### KVWL-Vertreterversammlung

Vertreterversammlung steht hinter Ärzteprotesten 19

#### Vogelgrippe

Tierseuche mit Pandemiepotenzial? 20

#### Strahlenschutz

Neue Strahlenschutz-Richtlinie zur RöV in Kraft getreten 24

#### Bürokratieabbau

Kampf gegen den Amtsschimmel bleibt Daueraufgabe 26

#### Magazin

Informationen aktuell 4

Persönliches 27

Ankündigungen der Akademie für ärztliche Fortbildung der

ÄKWL und KVWL 31

Bekanntmachungen der ÄKWL 29, 67

Bekanntmachungen der KVWL 74

Fortbildungsankündigungen 82

Impressum 81

**Zum Titelbild:** Rund 1200 niedergelassene Ärztinnen, Ärzte und Praxispersonal trafen sich am nationalen Protesttag am 24. März in Münster, um dort gegen die Gesundheitspolitik der Bundesregierung, Honorarmisere und ausufernde Bürokratie in den Praxen zu demonstrieren.

Foto: isa